

Aargauer Zeitung

abo+ KOSTENTREIBER

Neue Zahlen zeigen: So viele Millionen gibt der Aargau für externe Aufträge aus

2021 hat der Kanton Aargau Aufgaben im Umfang von 233 Millionen Franken ausgelagert. FDP-Grossrat Adrian Schoop hat von der Regierung detaillierte Zahlen verlangt. Sie zeigen: Krisen treiben die Kosten in die Höhe. Schoop fragt sich: «Ginge das auch anders?»

Noemi Lea Landolt

17.04.2023, 05.00 Uhr

abo+ Exklusiv für Abonnenten



Auf 20 Seiten hat die Regierung Adrian Schoops Fragen zu den Kosten von externen Dienstleistungen beantwortet. Kostenpunkt: 7689 Franken.

Bild: Chris Iseli

Im keinem anderen Kanton ist der Pro-Kopf-Aufwand tiefer als im Aargau. Der Kanton und seine Gemeinden sind im Jahr 2020 mit 11 283 Franken pro Einwohner ausgekommen. Das sind rund 4000 Franken weniger als die durchschnittlichen Pro-Kopf-Aufwände aller Kantone. Das zeigt die aktuellste Auswertung der eidgenössischen Finanzverwaltung von Ende August. Für den Regierungsrat ist klar: «Das tiefe Ausgabenniveau deutet auf einen vorsichtigen Umgang mit den Steuergeldern hin.»

Also alles bestens im Aargau? «Jein», findet FDP-Grossrat Adrian Schoop. Es sei zwar erfreulich, dass die Aargauer Verwaltung die günstigste der Schweiz sei und das Stellenwachstum sehr bescheiden ausfalle. «Das ist aber keine Einladung, einfach zurückzulehnen.» Schoop wollte es genauer wissen. Denn es kämen auch im Aargau regelmässig Zweifel auf, ob Aufträge an externe Dienstleister tatsächlich sparsam und effizient vergeben werden.

Ende November hat der FDP-Grossrat dem Regierungsrat Fragen zu den Kosten solcher externen Dienstleistungen gestellt. Am Freitag hat der Regierungsrat die Antworten publiziert. Auf 20 Seiten. Kostenpunkt: 7689 Franken.

Aufgaben im Umfang von 233 Millionen ausgelagert

Im Jahr 2021 beliefen sich die Kosten für Auslagerungen von Verwaltungsaufgaben an Dritte auf rund 233 Millionen Franken. Der Regierungsrat hält fest, bei einem

hohen Anteil der verbuchten Kosten handle es sich um Leistungen, welche die kantonale Verwaltung ohne Aufbau fachspezifischer Ressourcen nicht selber erbringen könnte. So zum Beispiel Kosten für medizinische Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Covid-Impfkampagne oder Gesundheitskosten von Asylsuchenden.

Mehr als die Hälfte der Kosten fallen in den Departementen Gesundheit und Soziales (87,9 Millionen Franken) und Volkswirtschaft und Inneres (81,1 Millionen Franken) an. Die Aufwände schwanken von Jahr zu Jahr. Insbesondere beim DGS. In den Jahren 2014 und 2019 wurden Kosten unter 40 Millionen Franken verbucht. 2016 waren es rund 55 Millionen und 2021 sogar fast 88 Millionen Franken.

Aufwände für externe Dienstleistungsaufträge

seit 2014 / in Mio. Fr.

Departement	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Volkswirtschaft und Inneres	68	83,7	74,5	70,8	68,8	72,1	73,7
Bildung, Kultur und Sport	20	19,2	19,2	18,8	19,1	19,5	17
Finanzen und Ressourcen	24,2	27,6	25,5	24,6	22,5	24,7	32,3
Gesundheit und Soziales	37,5	42,9	55,3	42,8	40,4	39,3	41,1
Bau, Verkehr und Umwelt	10,2	10,1	10	8,7	8,8	11,4	11,5
Staatskanzlei	1,5	1,2	1	1	1,9	1,8	1,9
Gerichte Kanton Aargau	15,8	16,6	14,7	14,5	14,2	13	1,5 ¹
Übrige	0,25	0,11	0,11	0,078	0,098	0,12	0,33
Total	177,4	201,4	200,3	181,2	175,9	182	179,3

1 Buchungspraxis geändert: Honorare der amtlichen Rechtsanwälte werden in anderer Kontogruppe gebucht

Das liegt einerseits am Aufgabenbereich Betreuung Asylsuchende, wo die externen Kosten für die Betreuung und Sicherheitsdienstleistungen in Flüchtlingskrisen überproportional zunehmen. Deshalb auch der Ausreisser im Jahr 2016: Die Kosten für die Betreuung haben sich damals im Vergleich zu 2014 auf fast 35,7 Millionen Franken verdoppelt. Die aktuelle Notlage im Asylwesen wird sich in den Zahlen wohl noch deutlicher niederschlagen.

Pandemie war 2021 ein Kostentreiber

Der zweite Ausreisser im Jahr 2021 ist auf den Aufgabenbereich Gesundheit zurückzuführen. Dort stiegen die Kosten infolge der Covid-19-Pandemie ab 2020 leicht und im Jahr 2021 substanziell an. Von den 60,5 Millionen Franken an externen Dienstleistungen in der Abteilung Gesundheit seien 49,8 Millionen Franken auf die Pandemie zurückzuführen, schreibt die Regierung.

Sowohl im Asylbereich als auch bei den pandemiebedingten Auslagen stünden den Kosten wesentliche in den Erlöskonten verbuchte Bundesbeiträge gegenüber, hält der Regierungsrat fest.

Die Kosten von Beratungsdienstleistungen, die der Regierungsrat in der Antwort ebenfalls offenlegt, beliefen sich 2021 auf 70,6 Millionen Franken. Darin enthalten sind aber nicht nur Beratungen im eigentlichen Sinne, sondern auch Dienstleistungen wie zum Beispiel Verkehrsuntersuchungen, Grossaufträge für Druckereien oder Öffentlichkeitsarbeit.

Schoop sieht Verbesserungspotenzial

Was macht jetzt Adrian Schoop mit all diesen Zahlen, die ihm die Verwaltung zusammengestellt hat? Er sei sehr zufrieden mit der Auslegeordnung, sagt der FDP-Grossrat. Auf den ersten Blick sind ihm vor allem die knapp 71 Millionen Franken aufgefallen, die der Kanton für Beratungsdienstleistungen ausgibt. «Das ist schon ein stattlicher Betrag», findet er. Dass ein KESB-Gutachten bis zu 22 000 Franken kosten könne, habe ihn erstaunt.

«Da frage ich mich schon, ob es so teure Gutachten wirklich braucht.»

Nachvollziehbar, aber doch auffällig sei auch, dass die Kosten für externe Dienstleistungen in Krisen so massiv steigen. «Da stellt sich die Frage, ob sich die Verwaltung besser vorbereiten könnte und so Kosten gespart werden könnten», sagt Schoop.

Handlungsbedarf sieht er auch bei der Qualitätskontrolle. Es sei ihm noch nicht ganz klar, wie genau die Qualität von externen Dienstleistungen sichergestellt werde. «Ich sehe nur, dass hier sehr viel im Ermessen der Regierung liegt.»

Gut möglich also, dass Schoop in weiteren Vorstössen nachdoppeln wird – auch wenn die Aargauer Verwaltung bereits die schlankste von allen ist.

Mehr zum Thema

abo+ BUDGETDEBATTE

Staatsangestellte im Aargau: In Eglis Innendepartement steigt die Zahl am stärksten – Kantonsverwaltung schweizweit die günstigste

23.11.2021



abo+ KANTONSANGESTELLTE

SVP will bei zusätzlichen Stellen bremsen, für die SP hat der Kanton eher zu wenig Personal

23.11.2021

